

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

Bericht des ständischen Ausschusses über die Prüfung

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Bericht des ständischen Ausschusses
über
die Prüfung der Eisenbahnschuldentilgungskasse-Rechnung
für das Jahr 1855.

Der ständische Ausschuß
an das
Großherzogliche Staatsministerium.

Der Ertrag der Hauptbahn, nach Abzug der Verwaltungskosten, war mit 2,952,885 fl. 39 fr. im Jahr 1855 an die Schuldentilgungskasse geliefert worden. Die Verwaltung der Eisenbahnbauten zog jedoch hiervon, „als Rück-
ertrag“ wieder 1,089,568 fl. 50 fr. zu Bestreitung von Bankkosten des ordentlichen Etats an sich und es blieben als
reiner Ueberschuß der Eisenbahnen in der Tilgungskasse 1,863,316 fl. 49 fr.
(451,604 fl. 49 fr. über den Budgetsag).

Die Main-Neckarbahn gewährte 83,120 „ 58 „
(11,198 fl. 58 fr. über den Voranschlag).

Die Post 282,681 „ 19 „
(52,056 fl. 19 fr. über den Anschlag).

Summe . . . 2,229,119 fl. 6 fr.

Eigentliche, ordentliche Ausgaben der Tilgungskasse sind:

1. Verwaltungskosten 9,012 „ 50 „
(5,062 fl. 50 fr. über den Anschlag).

2. Zinsen 1,443,303 „ 7 „
(98,852 fl. 53 fr. unter dem Anschlag).

3. Tilgung 309,435 „ — „

Summe . . . 1,761,750 fl. 57 fr.

Verhandlungen der 2. Kammer 1857, 16 Beilagenheft.

II. 9

Es ergab sich ein Ueberschuß von 467,368 fl. 9 kr., welcher als Vermehrung des Schuldenstandes in Einnahme, als Schuldzahlung und Dotationsüberschuß in Ausgabe verrechnet wurde. Die Summe solcher Ueberschüsse beträgt 1,062,941 fl. 29 kr.

Die Reineinnahme unserer Bahnen, wenn man den Gesamtaufwand am Schluß des Jahres 1855 zu Grund legt (43,032,396 fl.), blieb im Jahr 1855 unter 5 Prozent; berechnet man nur den Aufwand bis zum 1. Januar 1855 mit 37,200,000 fl., weil der spätere größtentheils erst nach Eröffnung der Bahnstrecke von Säckingen bis Waldshut einen Ertrag gewähren kann, so ist die Rente etwas über 5 Prozent gestiegen.

Wir bedürfen aber auch zur regelmäßigen Verzinsung und Tilgung immer steigender Einnahmen, da die Heimzahlung der Anlehen erst in späteren Jahren bedeutendere Summen fordern und die Herstellungskosten sich mit dem Alter der Bahn und des Materials erhöhen werden. Die Summe der Dotationsüberschüsse einschließlich sämtlicher bisheriger Tilgungen erreicht noch nicht den Betrag der Zuschüsse, welche das Land zur Verzinsung und Tilgung aus den Posteinkünften geleistet hat. Bis jetzt kann man also von einem Ueberschuß der Bahn nicht sprechen.

Bemerkenswerth ist die Zunahme der Posteinkünfte. Sie haben in der günstigsten Periode (1846/47) durchschnittlich 295,930 fl. im Jahr betragen, waren seit dem Postverein bis 226,170 fl. gesunken und sind jetzt wieder nahe dem früheren hohen Stand.

Unter den Einnahmen erscheint ein Kassenvorrath von 2,350,343 fl., welcher am Schluß des Jahres noch immer 1,472,409 fl. betrug. Auch diese Höhe schien zu groß, so wie sie den Voranschlag erheblich überschreitet. Der Ausschuß hat indeß aus den Kassedarstellungen von 1856 entnommen, daß er am 1. Juni 1856 wenig mehr als 300,000 fl. ausmachte.

Die große außerordentliche Einnahme des Jahres 1855 bildet das Anlehen von 10 Millionen Gulden. Das Gesetz vom 20. April 1854 hatte für den Preis, um welchen diese Summe zu vergeben war, keine Schranke gesetzt, weil man im Vertrauen auf die Finanzkräfte des Landes und frühere Beispiele eine große Mitbewerbung erwartete. Zu unserem Nachtheil haben sich sämtliche Unternehmer geeinigt. Sie erhielten 5 Millionen um den Preis von 93 Prozent, den Rest im Fall sie vor dem 1. November 1855 bezahlen würden, um 94 Prozent, ferner unter dem Namen der Zinsvergütung eine Prämie von 1 fl. 10 kr. vom Hundert. Sie beeilten sich, die Einzahlungen zu machen. Am 5. Oktober 1855 war der letzte kleine Rest bezahlt und es hatte das Anlehen die für Baden unerhörte Summe von 766,666 fl. 40 kr. an Provision und Rabatt gekostet. Das Anlehen von 1842 war nur scheinbar theurer, da dort zwar 987,328 fl. verwendet, aber 12 Millionen Gulden zu 3 $\frac{1}{2}$ Prozent aufgenommen worden sind.

Will man solche Unternehmen gerecht beurtheilen, so darf man nur den Zeitpunkt, in welchen sie fallen, nicht aber spätere oder frühere Verhältnisse in's Auge fassen. Es war die Epoche der größten Ungewißheit über die mögliche Ausbreitung des Krieges. Das österreichische Nationalanlehen stand am 28. November 1854 kurz vor der Begebung des badischen Anlehens zu 68 Prozent; die bayerischen 4 $\frac{1}{2}$ prozentigen Obligationen zu 94 Prozent, die belgischen zu 89 Prozent, die churfürstlichen zu 96 $\frac{1}{4}$ Prozent, die preussischen zu 97 $\frac{1}{4}$, die württembergischen zu 98 Prozent. Auch vom 5. Dezember 1854 nach Begebung des Anlehens, als es keiner Börsenkünfte mehr bedurfte, standen die Obligationen des Nationalanlehens noch zu 69 Prozent, die bayerischen zu 4 $\frac{1}{2}$ Prozent zu 95 $\frac{1}{4}$ Prozent, die belgischen zu 91 Prozent, die churfürstlichen zu 97 Prozent, die württembergischen und großherzoglich hessischen zu 99 $\frac{1}{4}$ Prozent, die preussischen zu 97 $\frac{1}{2}$ Prozent. Man konnte sich zwar fragen, ob nicht der Fortbau der Eisenbahn mit einer kleineren Summe zu bewirken und, im Fall die Aussichten drohender würden, einzustellen sei, ob es nicht rathsam sei, die Hälfte des Anlehens erst später zu vergeben, da man des Geldes noch nicht im vollen Betrag bedurfte, endlich ob nicht die Verhandlung mit Bankhäusern aufzugeben und Unterzeichnungen von Kapitalisten anzu-

nehmen seien. Es ließ sich aber auch nicht verkennen, daß die Einstellung ihre Gefahren habe und daß später der Geldmarkt noch ungünstiger werden, daß endlich der schon früher einmal gescheiterte Versuch der Subscriptionen auch fehlschlagen könne und man dann den Geldmächten auf Gnade und Ungnade überlassen sei.

Was die Ausgaben des Jahres 1855 betrifft, so ist oben erwähnt worden, daß die Verwaltungskosten eine Ueberschreitung zeigen. Sie erklärt sich dadurch, daß ein weiterer Scribent mit 500 fl. angestellt wurde und daß die Fertigung der neuen Staatspapiere 4,650 fl. kostete. Darunter sind mehr als 4,000 fl. Aufwand für den Druck der Obligationen. Es dürfte zweckmäßig sein, für solche Arbeiten künftig eine Konkurrenz zu eröffnen, welche sicherer den richtigen Preis darstellt.

Die Minderausgabe an Zinsen entstand hauptsächlich dadurch, daß im Jahr 1854 nur 2,614,202 fl. auf den Bau waren verwendet worden, während das Budget einen Aufwand von 6 Millionen Gulden und dafür im Jahr 1855 die entsprechende Verzinsung angenommen hatte.

Ueber die Bildung eines besonderen Tilgungsfonds hat sich der Ausschuß schon einigemal ausgesprochen. Die Kammer hat die Bedenken des Ausschusses nicht getheilt; es kann also dieser Gegenstand als erledigt betrachtet werden.

Die Kasse hat auch in diesem Jahre ihre Verbindlichkeiten erfüllt.

Von den Anlehen derselben sind die fünfprozentigen in Folge des neuesten Anlehengesetzes in 4½prozentige verwandelt, worüber die Rechnung von 1856 Auskunft geben wird.

Der reine Schuldenstand beträgt 40,580,493 fl.

Karlsruhe, den 23. Juni 1856.

Bei Verhinderung des Präsidenten

der erste Vicepräsident:

Stabel.